



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 18. Mai 2009 (26.05)
(OR. fr)

7524/2/08
REV 2

PUBLIC 49

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
Juli 2007

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Juli 2007 endgültig angenommenen Rechtsetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregeln vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Juli 2007 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch über die Internet-Site <http://consilium.europa.eu> unter der Rubrik "Dokumente" – "Transparenz der Gesetzgebung" – "Aufstellung der Rechtsakte des Rates" zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente unter <http://register.consilium.europa.eu> abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsetzungsakte. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-Mail unter der Adresse transparency@consilium.europa.eu angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

JULI 2007				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2813. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT- UND FINANZEN) vom 10. Juli 2007 Entscheidung des Rates über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten Verordnung des Rates zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte Fischereierzeugnisse im Zeitraum 2007-2009 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik Entscheidung des Rates gemäß Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Einführung der einheitlichen Währung durch Zypern am 1. Januar 2008	10237/07 + COR 1 (hu)	95/07 (Rat)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
	10886/3/07 REV 3	96/07 (KOM, Rat) 97/07 (KOM)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
	9746/07 + COR 1 (da) + COR 2 (fi) + COR 3 (lv)		Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
	10861/07		Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

JULI 2007				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Entscheidung des Rates gemäß Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Einführung der einheitlichen Währung durch Malta am 1. Januar 2008	10868/07		Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 974/98 im Hinblick auf die Einführung des Euro in Zypern	10872/07 +REV 1 (sv)		Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 974/98 im Hinblick auf die Einführung des Euro in Malta	10873/07 + REV 1 (sv)		Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2815. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 16. Juli 2007				
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen, zur Aufhebung der Richtlinien 75/106/EWG und 80/232/EWG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 76/211/EWG des Rates	PE-CONS 3621/07	99/07 (KOM, Rat) 100/07 (KOM, Rat) 101/07 (KOM) 102/07 (BE)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

2813. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 10. Juli 2007

ERKLÄRUNG 94/07

Erklärung des Rates

"Im Rahmen der Genehmigung des Beitritts der Europäischen Atomgemeinschaft zu dem geänderten Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen und der Annahme der beigefügten Erklärung über die Zuständigkeit der Gemeinschaft nach Artikel 18 Absatz 4 des Übereinkommens erklärt der Rat Folgendes:

1. Es besteht Einvernehmen, dass die Wahl der Art und der Schwere der Sanktion nach Artikel 7 des Übereinkommens den Vertragsparteien überlassen ist. Die Vertragsparteien sind nicht explizit verpflichtet, strafrechtliche Sanktionen vorzusehen, und Artikel 7 enthält auch keine Vorschriften für strafrechtliche Verfahren. Insbesondere bewirkt das Übereinkommen keine Harmonisierung des Strafrechts der Mitgliedstaaten.
2. Die Erklärung bedeutet nicht, dass die Zuständigkeit der Gemeinschaft unbegrenzt ist. Es wird immer gesondert zu prüfen sein, wie weit die Zuständigkeit für den Erlass von Rechtsvorschriften auf den betreffenden Gebieten reicht, und die Erklärung wird die bestehende Zuständigkeit der Gemeinschaft in keiner Weise ausweiten.
3. Sollte der schwerwiegende Charakter der in Artikel 7 des Übereinkommens genannten Handlungen erfordern, dass diese Straftaten strafrechtlich geahndet werden, so wird davon ausgegangen, dass die Zuständigkeit für die Einführung strafrechtlicher Sanktionen bei den Mitgliedstaaten liegt.

Darüber hinaus erinnert der Rat an die folgende Erklärung der Kommission, die sie 1987 anlässlich der Ratifizierung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial abgegeben hat:

"Die Kommission erkennt an, dass die Zuständigkeit für die Gewährleistung der Durchführung der im Übereinkommen festgelegten Maßnahmen des physischen Schutzes ausschließlich bei den Mitgliedstaaten liegt.

Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, der Kommission operative Berichte vorzulegen, und die Kommission wird hinsichtlich der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen des physischen Schutzes weder Berichte erstellen noch Inspektionen vor Ort vornehmen." ."

ERKLÄRUNG 95/07

Erklärung des Rates

"Der Rat nimmt Kenntnis von dem Ersuchen des Europäischen Parlaments, dem Europäischen Parlament im Hinblick auf die für 2008 vorgesehene vollständige Überarbeitung der beschäftigungspolitischen Leitlinien die notwendige Zeit einzuräumen – auf keinen Fall weniger als fünf Monate –, damit es seiner in Artikel 128 Absatz 2 des Vertrags vorgesehenen beratenden Funktion gerecht werden kann. Der Rat sagt zu, dass er sich in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt, zu dem die Kommission ihren Vorschlag unterbreitet, nach besten Kräften bemühen wird, dem Ersuchen des Europäischen Parlaments nachzukommen, und hofft auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament, damit die überarbeiteten beschäftigungspolitischen Leitlinien rechtzeitig angenommen werden können."

ERKLÄRUNG 96/07

Erklärung der Kommission und des Rates

"Die Kommission und der Rat bestätigen erneut, dass das Überziehen mit dem Gefrieren des Erzeugnisses verbunden sein muss und daher im Sinne der Fußnote b keine qualifizierende Behandlung mit Anspruch auf ein Kontingent darstellt."

ERKLÄRUNG 97/07

Erklärung der Kommission – Überprüfungsklausel

"Die Kommission wird die Lage des Gemeinschaftsmarktes bei Fischereierzeugnissen, für die für den Zeitraum 2007 bis 2009 autonome Zollkontingente eröffnet sind, aufmerksam überwachen. Treten auf dem Gemeinschaftsmarkt während dieses Zeitraums bei einem oder mehreren dieser Erzeugnisse ernste Störungen oder Versorgungsschwierigkeiten auf, so wird die Kommission die Situation unter angemessener Berücksichtigung aller relevanten Faktoren beurteilen und dem Rat gegebenenfalls Vorschläge zur Behebung der Lage unterbreiten."

**2815. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI)
vom 16. Juli 2007**

ERKLÄRUNG 98/07

Erklärung der Kommission (für das Protokoll des AStV) (nur in EN)

"The European Council held in Brussels in 2002 decided in its conclusions that new Member States will accede to the European Development Fund as of the new Financial Protocol (10th EDF).¹ In order to further streamline and harmonise procedures, participation in procedures for the awarding of procurement contracts or grants financed from the 9th and 10th European Development Fund shall be open to all natural and legal persons from EU Member States, including the new EU 12, as from the date of entry into force of the 10th European Development Fund. Regarding the participation in the awarding of grants and in procurement procedures under the 9th European Development Fund, this shall apply to tenders and calls for proposals which are published as from the same date."

ERKLÄRUNG 99/07

Gemeinsame Erklärung der Kommission und des Rates

"Im Einklang mit dem Vertrag und der Rechtsprechung des Gerichtshofs dürfen Mitgliedstaaten, die die Auslaufregelung anwenden, das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die in einem anderen Mitgliedstaat legal vermarktet werden, nicht aus Gründen verweigern, verbieten oder beschränken, die sich auf die Nennfüllmengen der Packungen beziehen."

¹ Anlage I der Schlussfolgerungen.

ERKLÄRUNG 100/07

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

"Mitgliedstaaten, die derzeit keine nationalen Größen in den Sektoren anwenden, für die die Auslaufregelung gilt, werden keine neuen Regeln für Nennfüllmengen der Packungen einführen."

ERKLÄRUNG 101/07

Erklärung der Kommission über den Absatz von Wein- und Spirituosenlagerbeständen

"Die künftigen Wertereihen der Nennfüllmengen für Wein und Spirituosen in der Gemeinschaft decken sich in den Füllmengenbereichen des Anhangs im Grunde mit den bestehenden Wertereihen, allerdings mit Ausnahme der Füllmenge von 1 125 ml für Spirituosen. Dies dürfte daher so gut wie keine Folgen haben. Die Wertereihen unter oder über den im Anhang festgelegten Füllmengenbereichen (zwischen 100 und 1 500 ml, mit Ausnahme der Füllmengenuntergrenze von 125 ml für Schaumwein und der Füllmengenobergrenze von 2 000 ml für Spirituosen) sind im Anhang nicht erfasst, so dass für sie der allgemeine Grundsatz der freien Nennfüllmenge gilt.

Gemäß Artikel 8 des gemeinsamen Standpunkts (Umsetzung) haben die Mitgliedstaaten nach Inkrafttreten der Richtlinie eine Frist von 12 Monaten, um sie in nationales Recht umzusetzen. Die Richtlinie wird 18 Monate nach ihrem Inkrafttreten wirksam, d.h. es liegen mindestens sechs Monate zwischen Umsetzung der Richtlinie und ihrer Anwendung. Damit haben die betroffenen Hersteller genug Zeit, sich darauf einzustellen.

Zudem sind Erzeugnisse in Fertigpackungen, die vor Anwendung der Richtlinie in Verkehr gebracht werden, die sich beispielsweise bereits im Vertrieb befinden, nicht von der Richtlinie betroffen und dürften weiter an den Endverbraucher verkauft werden.

Aus den genannten Gründen ist die Kommission der Auffassung, dass der Absatz der Lagerbestände von Wein und Spirituosen in Fertigpackungen in der Praxis keinerlei Schwierigkeiten bereiten dürfte."

ERKLÄRUNG 102/07

Erklärung Belgiens

"Belgien hat diesem Vorschlag einzig und allein zugestimmt, weil es ihn als solchen gutheißt, ohne dass dabei Erwägungen über die Perspektiven, die die Kommission für diese Richtlinie sieht, eine Rolle gespielt hätten."

2816. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 23. Juli 2007

ERKLÄRUNG 103/07

Erklärung der Tschechischen Republik

zum Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Flugesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS)

"Die Tschechische Republik weist erneut darauf hin, dass sie größten Wert auf die Zusicherungen in Bezug auf ein angemessenes Niveau des Schutzes personenbezogener Daten der EU-Bürger in ihren Beziehungen zu Dritten legt.

In diesem Zusammenhang teilt die Tschechische Republik einige der Bedenken des Europäischen Parlaments hinsichtlich der Vereinbarkeit des neuen PNR-Abkommens mit den Grundsätzen der EU im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten.

Die Tschechische Republik ersucht die Europäische Kommission, die Gruppe "Artikel 29" und den europäischen Datenschutzbeauftragten, bei der Ausarbeitung der neuen Rechtsvorschriften für das PNR-System der EU eng zusammen zu arbeiten, um ein hohes Niveau des Schutzes personenbezogener Daten innerhalb der EU sicherzustellen."

ERKLÄRUNG 104/07

Erklärung Belgiens

"Belgien akzeptiert die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS), das Gegenstand des Dokuments 11596/07 JAI 372 ist. Belgien betont jedoch, dass es der wirksamen und regelmäßigen Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens große Bedeutung beimisst, insbesondere in Bezug auf die Zusagen von amerikanischer Seite hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten, die in den Zusicherungen dargelegt sind.

Belgien beantragt, dass dieser Gesichtspunkt in die Modalitäten des zwischen der EU und dem DHS zu vereinbarenden Überprüfungsverfahrens einbezogen wird und dass die Mitgliedstaaten über diese Modalitäten informiert werden."

ERKLÄRUNG 105/07

Erklärungen der Republik Bulgarien zu

- **dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen):**

"Unter Bezugnahme auf Artikel 40 Absatz 2 des Europol-Übereinkommens erklärt sich die Republik Bulgarien damit einverstanden, dass Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens systematisch dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt werden."

- **dem Protokoll vom 24. Juli 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung:**

"Gemäß Artikel 2 des Protokolls betreffend die Auslegung des Europol-Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung erklärt die Republik Bulgarien, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften im Einklang mit den Verfahren nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a anerkennt."

ERKLÄRUNG 106/07

Erklärung der dänischen und der litauischen Delegation zum Abkommen über die Erweiterung des Europäischen Wirtschaftsraums

"Dänemark und Litauen heben hervor, wie wichtig es für die Fischverarbeitungsindustrie in der EU ist, aus Drittländern zollfrei mit frischem Hering und frischer Makrele in unverarbeitetem Zustand beliefert zu werden, damit die Auswirkungen der EWR-Erweiterung aufgefangen werden können und auf dem weltweiten Fischmarkt ein fairer Wettbewerb zu gleichen Bedingungen sichergestellt ist. Deshalb ersuchen Dänemark und Litauen die Kommission, die neue Marktlage zu analysieren und erforderlichenfalls über geeignete Vorschläge nachzudenken."

ERKLÄRUNG 107/07

Gemeinsame Erklärung Spaniens und des Vereinigten Königreichs

"Spanien und das Vereinigte Königreich erklären, dass diese Richtlinie und alle Tätigkeiten oder Maßnahmen, die zu deren Anwendung oder als Folge davon durchgeführt werden, nicht den jeweiligen Rechtsstandpunkt Spaniens und des Vereinigten Königreichs in der strittigen Frage nach der Hoheit und Gerichtsbarkeit über die Gewässer in Verbindung mit Gibraltar berühren."

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
2813. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 10. Juli 2007 Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Österreichs, mit der Schweiz ein Abkommen zu schließen, das von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Bestimmungen enthält Dok. 11019/07 + COR 1 (fi) Gemeinsame Aktion des Rates zur Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2006/439/GASP über einen weiteren Beitrag der Europäischen Union zum Konfliktbeilegungsprozess in Georgien/Südossetien Dok. 10667/07 Beschluss des Rates zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Atomgemeinschaft zu dem geänderten Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen Dok. 10341/07 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel Dok. 10424/07 + COR 1 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Kiribati für die Zeit vom 16. September 2006 bis zum 15. September 2012 Dok. 9283/07 + COR 1 (da) + REV 1 (lt) Schlussfolgerungen des Rates über die Leitung und Finanzierung des International Accounting Standards Board und der International Accounting Standards Committee Foundation Dok. 11308/07	Erklärung: 94/07 (Rat)

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
2814. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN/HAUSHALT) vom 13. Juli 2007 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits anlässlich des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union Dok. 11299/07 + COR 1 2815. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 16. Juli 2007 Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2006/623/GASP zur Einsetzung eines EU-Teams zur Mitwirkung an den Vorbereitungen für die Einsetzung einer eventuellen internationalen zivilen Mission im Kosovo, einschließlich der Komponente eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union (ICM/EUSR-Vorbereitungsteam) Dok. 11396/07 + COR 1 Gemeinsame Aktion des Rates betreffend die Zusammenarbeit mit dem Centre africain d'études et de recherches sur le terrorisme im Rahmen der Durchführung der Strategie der Europäischen Union zur Terrorismusbekämpfung Dok. 11023/07 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 817/2006 vom 29. Mai 2006 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar Dok. 10878/07	

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates zur Änderung des Internen Abkommens vom 17. Juli 2006 zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2008-2013 bereitgestellten Gemeinschaftshilfe im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens und die Bereitstellung von Finanzhilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des EG-Vertrags Anwendung findet Dok. 10332/07 Verordnung des Rates zur Verlängerung der Aussetzung des mit der Verordnung (EG) Nr. 215/2002 auf die Einfuhren von Ferromolybdän mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführten endgültigen Antidumpingzolls Dok. 11166/07 2816. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 23. Juli 2007 Beschluss des Rates betreffend die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security Annahme des Dok. 11493/07 + COR 1 Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS) (PNR-Abkommen von 2007) Dok. 11595/07 + REV 1 (nl) + REV 2 (fi) + REV 3 (ro) Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS) (PNR-Abkommen von 2007) Dok. 11596/07 + REV 1 (ro)	Erklärung: 98/07 (KOM) Stimmenthaltung: AT Erklärung: 103/07 (CZ) 104/07 (BE)

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2006/304/GASP zur Einsetzung eines EU-Planungsteams (EUPT Kosovo) bezüglich einer möglichen Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und in möglichen anderen Bereichen im Kosovo Dok. 11411/07 Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie Dok. 10163/07 Beschluss des Rates zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2004/293/GASP zur Verlängerung von Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 11586/07 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 234/2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia Dok. 11094/07 Beschluss des Rates über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 auf der Grundlage von Artikel K.3 des Vertrags der Europäischen Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) Dok. 11617/07 Schlussfolgerungen des Rates über den Sonderbericht Nr. 1/2007 über die Durchführung der Halbzeitprozesse der Strukturfonds 2000-2006 Dok. 11578/1/07 REV 1 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Zweiten Zusatzprotokolls zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union Dok. 10603/07 + COR 1 (en)	Erklärung: 105/07 (BU)

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
Position der Europäischen Union im Hinblick auf die sechste Tagung des Assoziationsrats EU-Marokko Dok. 11801/07 Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits anlässlich des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union Dok. 11763/07 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 397/2004 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Bettwäsche aus Baumwolle mit Ursprung in Pakistan Dok. 11604/07 Verordnung des Rates zur Einstellung der Interimsüberprüfung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1910/2006 des Rates eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Fernsehkamerasystemen mit Ursprung in Japan und zur Aufhebung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1910/2006 eingeführten Antidumpingmaßnahmen Dok. 11369/07 Verordnung des Rates zur Aufhebung des Antidumpingzolls auf Einfuhren von Harnstoff mit Ursprung in Russland nach einer Überprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 sowie zur Einstellung der diese Einfuhren mit Ursprung in Russland betreffenden teilweisen Interimsüberprüfungen gemäß Artikel 11 Absatz 3 Dok. 11527/07 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Übereinkommens über die Beteiligung der Republik Bulgarien und Rumäniens am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen Dok. 10834/1/07 REV 1 + REV 2 (hu)	Erklärung: 106/07 (DA, LT)

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft im Gemischten Ausschuss EG-Schweiz zu einer Empfehlung dieses Ausschusses bezüglich der Wiedereinfuhr von Ursprungserzeugnissen und der Annahme von vereinfachten, durch ermächtigte Ausführer ausgefertigten Ursprungsnachweisen Dok. 11171/07 Schlussfolgerungen des Rates zum Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien Dok. 11904/07 + COR 1 (fi) Verordnung des Rates über den Abschluss eines partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Republik Kiribati andererseits Dok. 9284/1/07 REV 1 Verordnung des Rates über den Abschluss eines partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe und der Europäischen Gemeinschaft Dok. 8870/07 + COR 1 Schlussfolgerungen des Rates – Vorbereitungen der Sechsten Ministerkonferenz "Umwelt für Europa" (Belgrad, 10.-12. Oktober 2007) Dok. 11906/07 Beschluss des Rates über eine Empfehlung der Kommission an den Rat zu Vorschlägen der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten für Änderungen von Anlage A des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP) Dok. 11785/07 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) Dok. 9388/07 + COR 1 (lv) + COR 2 (es) + COR 3 (nl) + ADD 1 + REV 1 (hu)	Stimmenthaltung: IT Erklärung: 107/07 (ES, UK)

JULI 2007	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungsergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein papierloses Arbeitsumfeld für Zoll und Handel Dok. 8520/1/07 REV 1 (lt) + REV 2 (mt) + REV 3 (hu) + COR 1 (fi) Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates zur Auflegung des spezifischen Programms "Drogenprävention und -aufklärung" als Teil des Generellen Programms "Grundrechte und Justiz" für den Zeitraum 2007–2013 Dok. 8698/2/07 REV 2 + REV 3 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zu den Westlichen Balkanstaaten – Albanien Dok. 12063/1/07 REV 1 2817. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 23. und 24. Juli 2007 Schlussfolgerungen des Rates zu Sudan /Darfur Dok. 11947/1/07 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost–Friedensprozess Dok. 11955/2/07 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates zu Libanon Dok. 11928/07 Schlussfolgerungen des Rates zu den Westlichen Balkanstaaten – Albanien Dok. 12063/1/07 REV 1	